

titätskarte Nr.15.841.101* - OLARRA GURIDI, Juan Antonio (E.T.A.-Aktivist), geboren am 11.9.1967 in San Sebastián (Guipúzcoa), Identitätskarte Nr. 34.084.504* - ORBE SEVILLANO, Zigor (E.T.A.-Aktivist; Mitglied von Jarrai/Haika/Segi), geboren am 22.9.1975 in Basauri (Biscay), Identitätskarte Nr. 45.622.851* - OTEGUI UNANUE, Mikel (E.T.A.-Aktivist; Mitglied von Jarrai/Haika/Segi), geboren am 8.10.1972 in Itsasondo(Guipúzcoa), Identitätskarte Nr. 44.132.976(1) - PÉREZ ARAMBURU, Jon Iñaki (E.T.A.-Aktivist; Mitglied von Jarrai/Haika/Segi), geboren am 18.9.1964 in San Sebastián (Guipúzcoa), Identitätskarte Nr. 15.976.521* - SÁEZ DE EGUILAZ MURGUIONDO, Carlos (E.T.A.-Aktivist; Mitglied von Kas/Ekin), geboren am 9.12.1963 in San Sebastián (Guipúzcoa), Identitätskarte Nr. 15.962.687* - URANGA ARTOLA, Kemen (E.T.A.-Aktivist; Mitglied von Herri Batasuna/E.H./Batasuna), geboren am 25.5.1969 in Ondarroa (Biscay), Identitätskarte Nr. 30.627.290* - VILA MICHELENA, Fermín (E.T.A.-Aktivist; Mitglied von Kas/Ekin), geboren am 13.3.1970 in Irún (Guipúzcoa), Identitätskarte Nr. 15.254.2142. VEREINIGUNGEN UND KÖRPERSCHAFTEN* - Continuity Irish Republican Army (CIRA)* - Euskadi Ta Askatasuna/Tierra Vasca y Libertad/Baskisches Vaterland und Freiheit (E.T.A.)

(Folgende Organisationen gehören zur terroristischen Vereinigung E.T.A.: K.a.s., Xaki, Ekin, Jarrai-Haika-Seki, Gestoras pro-amnistía)* - Grupos de Resistencia Antifascista Primero de Octubre/Antifaschistische Widerstandgruppen Erster Oktober(G.R.A.P.O.) - Hamas-Izz al-Din al-Qassem (terroristischer Flügel der Hamas)* - Loyalist Volunteer Force (LVF)* - Orange Volunteers (OV) - Palestinian Islamic Jihad (PIJ)* - Real IRA* - Red Hand Defenders (RHD)* - Revolutionäre Kerngruppen/Epanastatiki Pirines* - Revolutionäre Organisation 17. November/Dekati Evdomi Noemvri* - Revolutionärer Volkskampf/Epanastatikos Laikos Agonas (ELA)* - Ulster Defence Association/Ulster Freedom Fighters (UDA/UFF). Die mit * gekennzeichneten Personen fallen nur unter Artikel 4.

Führungsrolle des Europäischen Rats

Gemeinsames Schreiben Gerhard Schröders und Tony Blairs zur Reform des Europäischen Rats an den spanischen Ratspräsidenten José Maria Aznar vom 25. Februar 2002

(Wortlaut)

Mit seiner Erklärung vom 15. Dezember 2001 legte der Europäische Rat die Grundlage für den „Konvent zur Zukunft Europas“ (vgl. „Blätter“, 3/2002, S. 370-374), der bis Ende 2002 Reformvorschläge für die Europäische Union erarbeiten soll. Noch vor der Konstituierung des Konvents am 1. März 2002 legten Bundeskanzler Schröder und Premierminister Blair am 25. Februar Reformvorschläge für den Europäischen Rat vor. Wir dokumentieren das Schreiben an dessen Vorsitzenden Aznar. – D. Red.

Gerhard Schröder
Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland

Tony Blair
Premierminister des Vereinigten
Königreichs

Berlin und London, den 25. Februar 2002

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
die Europäischen Räte von Helsinki und Nizza haben die Bedeutung einer Verbesserung der Arbeitsweise des Rats, insbesondere seiner Beschlussfassung, unterstrichen. Nur ein Rat, der effizient handelt und entscheidet, wird vor den Herausforderungen einer erweiterten Union bestehen können und auch weiterhin in der Lage sein, Sicherheit, Wohlstand und Stabilität für

die Bürger zu gewährleisten. Javier Solana arbeitet daher an Vorschlägen, die er dem Europäischen Rat in Barcelona unterbreiten möchte. Deutschland und das Vereinigte Königreich setzen große Erwartungen in diese Vorschläge und legen im Folgenden einige ihrer gemeinsamen Ideen dar.

Die Erklärung von Laeken verweist ebenfalls auf die Notwendigkeit der Ratsreform. Der Konvent unter dem Vorsitz von Valéry Giscard d'Estaing wird sich dieser Thematik annehmen. Dabei werden Fragen wie das Verhältnis des Rates zu den übrigen Institutionen, die Ausgestaltung des Ratsvorsitzes und andere Veränderungen erörtert werden müssen. All dies erfordert eine Änderung der Verträge. Wir hoffen jedoch, dass es daneben schon rechtzeitig zum Europäischen Rat in Sevilla gelingt, Einvernehmen über praktische Schritte zu erzielen, die die Arbeitsweise der Europäischen Rates wie des Ministerrats verbessern können.

Der Europäische Rat spielt eine Schlüsselrolle, indem er der Europäischen Union strategische Ziele setzt und Leitlinien für die inhaltliche Arbeit gibt, als Beispiele seien etwa die Umsetzung der Agenden von Lissabon und Tampere genannt. Der Europäische Rat hatte auch wesentlich Anteil daran, Europas Antwort auf die Ereignisse des 11. Septembers zu formulieren. Vor dem Hintergrund einer zunehmend komplexeren Welt und der Tatsache, dass wir neue Mitgliedstaaten aufnehmen werden, wird die Führungsrolle des Europäischen Rates immer wichtiger werden, aber auch immer schwieriger zu gewährleisten sein. Daher müssen wir sicherstellen, dass wir die dem Europäischen Rat für seine Beratungen zur Verfügung stehende Zeit so gut wie nur möglich nutzen, indem wir unsere Tagesordnung auf wenige Prioritäten konzentrieren. So sollten wir etwa vermeiden, dass die Tagungen des Europäischen Rates durch die Erörterung von Einzeldossiers blockiert werden, nur weil die zuständigen Fachräte keine Einigung erzielen konnten. Ebenso sollten wir uns nicht über ganze Sitzungen hinweg bis in die Einzelheiten mit der Formulierung der Schlussfolgerungen befassen müssen.

Damit die Europäischen Räte zu optimalen Ergebnissen kommen, sollten wir uns auf die folgenden Grundsätze verpflichten:

- zu umfangreiche Tagesordnungen sollten vermieden werden;
- die Beratungen sollten sich auf strategische und themenübergreifende Fragen konzentrieren, wie etwa die Erörterung des Jahresprogramms der Kommission oder die Frage, wie wir die Dynamik der wirtschaftlichen Reformmaßnahmen in der Europäischen Union sicherstellen;
- die Erörterung einzelner legislativer Dossiers sollte grundsätzlich ausgeschlossen sein. Gibt es Schwierigkeiten bei der Entscheidungsfindung in den Fachministerräten, könnte der Europäische Rat Termine festlegen, zu denen die Beschlussfassung auf Ebene der Minister erfolgt sein muss;
- Zahl und Länge der dem Europäischen Rat vorgelegten Berichte sollten begrenzt werden;
- einstimmige Beschlussfassung sollte nur in Bereichen angewandt werden, für die die Verträge dies vorsehen. Entscheidungen, die an den Europäischen Rat verwiesen wurden und die nach Maßgabe des Vertrags im Rat mit qualifizierter Mehrheit zu fassen sind, sollten auch im Europäischen Rat mit qualifizierter Mehrheit gefasst werden, anderenfalls könnten Fortschritte in wichtigen Bereichen behindert werden;
- die Vertraulichkeit der Beratungen im Europäischen Rat sollte wieder hergestellt werden;
- das Verfahren zur Formulierung der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates sollte reformiert werden, um den Zeitaufwand der Staats- und Regierungschefs für die Behandlung des Textentwurfs auf ein Minimum zu reduzieren. Der Wortlaut sollte sich auf die erörterten Themen konzentrieren.

Um diese Ziele zu erreichen, wird eine intensivere Vorbereitung jeder Tagung des Europäischen Rates, insbesondere der Schlussfolgerungen, erforderlich sein. Im Hinblick darauf sollte die Rolle des Ratssekretariats gestärkt werden. Und wir müssen gewährleisten, dass der Ministerrat dem Europäischen Rat eine Tagesordnung vorlegen kann, die sich auf die wesentlichen Punkte konzentriert und zu bewältigen ist. Auch die Effizienz der Arbeitsweise des Ministerrats kann noch verbessert werden, insbesondere im Blick auf die Koordinierung der Beschlussfassung in den Fachräten. Eine deutliche Verringerung der Zahl der Ratsformationen wäre hierbei eine große Hilfe. Wir sollten in Betracht ziehen, Javier Solana zu bitten, hierzu bis Sevilla Vorschläge vorzulegen. Dies könnte mit einer Reduzierung der Anzahl der hochrangigen Ausschüsse einhergehen. Eine verbesserte Transparenz der Beschlussfassung und die Frage

der demokratischen Verantwortlichkeit sind natürlich wichtige Punkte in der Erklärung von Laeken. Wir sind der Meinung, dass beiden Zielen gedient wäre, wenn der Rat in seiner Rolle als Gesetzgeber öffentlich tagen würde. Ratsverhandlungen zu exekutiven sowie außen- und sicherheitspolitischen Angelegenheiten sollten dagegen weiterhin nichtöffentlich bleiben.

Wir sollten ferner ernsthaft in Erwägung ziehen, die Tradition des „tour de table“ aufzugeben. Es könnte viel Zeit gespart werden, indem die Delegationen gebeten werden, den Kollegen im Rat eine kurze Zusammenfassung (1-2 Seiten) ihrer Position als Gesprächsgrundlage vorzulegen. Eine Meinungsäußerung wäre dann nur von seiten derjenigen Mitgliedstaaten erforderlich, die sich konkret äußern möchten. In jedem Fall wird es nach der Erweiterung wohl kaum mehr praktikabel sein, wenn zunächst 27 oder mehr Mitglieder ihre Positionen im Einzelnen darlegen und erst danach die eigentlichen Verhandlungen beginnen können.

Die Arbeitsweise des Rates bleibt eine wesentliche Frage, die in der Debatte um die Zukunft Europas zu beantworten sein wird. Dabei wird sich das Augenmerk auch auf die Beziehungen des Rates zu den übrigen Institutionen richten müssen. Eine rasche Einigung über das oben dargelegte Maßnahmenbündel wäre aber ein deutliches Zeichen, dass der Europäische Rat entschlossen ist, Reformen durchzuführen und den Erfolg des Erweiterungsprozesses zu gewährleisten. Die Kollegen im Europäischen Rat, Romano Prodi und Javier Solana, sowie Valéry Giscard d'Estaing erhalten Kopien dieses Schreibens.

„Rechtlich und ethisch problematisch“

Beschluss des Deutschen Bundestags zum Import embryonaler Stammzellen vom 30. Januar 2002

(Wortlaut)

In ihrem Zweiten Zwischenbericht vom 12. November 2001 kam die Bundestags-Enquete-Kommission „Recht und Ethik der modernen Medizin“ zu dem Ergebnis, dass der Import embryonaler Stammzellen unter einer ethischen Abwägung, die darin das geringere Übel sieht – „minus malum“-Abwägung – tolerierbar sein. In der Abstimmung des Bundestags am 30. Januar 2002 lagen drei Gruppenanträge vor, von denen sich der Antrag durchsetzte, der dieser Linie folgte und für eine Importerlaubnis unter „engen Voraussetzungen“ plädierte (BT-Drs. 14/8102). Wir dokumentieren den Beschluss im Wortlaut. – D. Red.

Keine verbrauchende Embryonenforschung: Import humaner embryonaler Stammzellen grundsätzlich verbieten und nur unter engen Voraussetzungen zulassen

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die biomedizinische Forschung ist dabei, auf breiter Front unser Wissen über den Menschen zu erweitern. Fortschritte in der Genomforschung, in den Neurowissenschaften, in der Entwicklungs- und Zellbiologie bringen neues Wissen, das unser Verständnis der Entstehung und des Verlaufs von Krankheiten vertieft.

Dieses Wissen führt zugleich zu neuen Anfragen an unser Verständnis von verantwortlichem Umgang mit neuen diagnostischen und therapeutischen Möglichkeiten und an den Umgang mit ungeborenem Leben.

Wie in kaum einem anderen Bereich der Forschung bestehen im Zusammenhang mit der Stammzellenforschung derzeit in der Öffentlichkeit Erwartungen und Hoffnungen bei der Behandlung bisher unheilbarer Krankheiten. Tatsächlich steht die Stammzellenforschung – ungeachtet einer Reihe wissenschaftlicher Erfolge – noch am Anfang. Sie ist aber schon jetzt darauf gerichtet, neue Optionen für die Behandlung schwerer, heute noch unheilbarer Krankhei-